

Ercheitert täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Koblenz und Expedition
Johannstraße 22.
Sprechstunden der Redaktion:
Sonnentags 10-12 Uhr.
Wochentags 4-6 Uhr.
Für die Redaction eingeleitete
Artikel macht sich die Redaction nicht
verantwortlich.
Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Literatur an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Feiertagen früh bis 1/2 Uhr.
In den Filialen für Zus. Anträge:
C. W. Klemm, Universitätsstr. 22.
Deutsch Köpcke, Markmannstr. 14, u.
nur bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,000.
Abonnementpreis viertel. 4/2, 3/2, 2/2, 1/2, incl. Frangiraten 5 BRT.
durch die Post bezogen 6 BRT.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbeförderung 25 BRT.
mit Postbeförderung 45 BRT.
Jahres 50 BRT. Belegexemplar 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis. — Tabellarischen
Zug nach höherem Tarif.
Keramen unter dem Redactionsdruck
die Spalte 40 Pf.
Literatur sind stets an 5. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung prosummande
oder durch Postnachschuß.

№ 236.

Sonntag den 24. August 1879.

73. Jahrgang.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch, am 27. August a. c., Abends 7 1/2 Uhr im Saale der L. Bürgerkammer.
Tagesordnung:
I. Gutachten des Bau- und Oekonomieauschusses über a. Entschädigung zweier Adiacenten der Ulrichs-
gasse für das zur Straßenfluchtregulierung abzutretende Areal, b. Erhöhung von Hof. 140 des Conto 1
des diesjährigen Haushaltungsplans, c. den südwestlichen Bebauungsplan, d. die Bauvorschriften für das
Areal an der Stephanstraße.
II. Gutachten des Bauauschusses über a. Erbauung eines Schuppens zur Aufbewahrung von Wasser-
leitungsröhren auf dem Lagerhofareale, b. eine Nachforderung für bauliche Verstellungen in der
Rathshausgasse.
III. Gutachten des Bau- und Schulausschusses über die Bauabrechnungen für die Realschule I. Ordnung
III. Bezirksschule, Realschule II. Ordnung, IV. Bezirksschule.
IV. Gutachten des Stiftung- und Bauauschusses über a. den Einbau einer Beichtstube in die Johannis-
kirche, b. Beleuchtungsanlagen in der Johannisstraße.
V. Gutachten des Schulausschusses über unentgeltliche Ueberlassung eines Classenzimmers der Gewerbe-
schule an das Comité für die diesjährige Vorbildersammlung für Kunstgewerbe.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von einer Million Stück Mauerziegel zu den hiesigen Schleusenbauten soll für die
Jahre 1880 und 1881 auf dem Submissionswege verbunden werden.
Die Bedingungen für diese Lieferung liegen in unserem Bauamt, Abteilung für Tiefbau, Markthaus,
1. Etage, Zimmer Nr. 16 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.
Besondere Offerten sind verhehrt und mit der Aufschrift
„Lieferung von Schleusenziegeln auf die Jahre 1880 und 1881 betreffend“
versehen ebenfalls und zwar
bis zum 5. September l. J., Nachmittags 5 Uhr,
einzureichen.
Leipzig, am 20. August 1879. Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Georgl. Baumgarten.

Bekanntmachung.

Wegen Ausföhrung der Wasserarbeiten wird die Kleine Fleischergasse vom Reutrichhof bis zur Köpcke-
gasse und die Große Fleischergasse auf der Strecke von der Kleinen Fleischergasse bis zur Einmündung
nach dem Reutrichhof vom Sonnabend den 23. August laufenden Jahres bis auf Weiteres für den Fahr-
verkehr gesperrt.
Leipzig, den 21. August 1879. Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Georgl. Richter.

Tischlerarbeiten.

Die zur inneren Einrichtung des Zoologischen Instituts der Universität erforderlichen
Tischlerarbeiten
sollen unter den im Rentamt zur Einsicht ausliegenden Bedingungen an den Mindestfordernden, die Kauf-
wahl vorbehaltlich, vergeben werden.
Anschlagsformulare hierzu sind im Rentamt zu haben und bis
zum 3. September d. J. Abends 6 Uhr
ausgefüllt und versiegelt, unter der Aufschrift „Tischlerarbeiten für das Zoologische Institut“ an der ein-
zureichen.
Leipzig, am 22. August 1879. Universitäts-Rentamt. Graf.

Die Beitragspflichtigen unserer Gemeinde, welche mit ihrer diesjährigen Steuer noch im Rückstande
sind, werden hierdurch unter besonderem Hinweis auf die demnächst beginnende Rückgabe der Steuern
arten an Einrichtung derselben erinnert.
Der Vorstand
der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig.

Der hannoversche Wahlausruf.

Der Ausruf der nationalliberalen Partei
in der Provinz Hannover ist die erste sojagende
offizielle Kundgebung von nationalliberaler Seite
in der gegenwärtigen Wahlbewegung. Das pres-
sische Wort hat nunmehr ein greifbares Document
der „revolutionären“ Bestrebungen vor sich, deren
man die nationalliberale Partei neuerdings ange-
klagt hat. Vergebens würde die offizielle Presse
sich bemühen, wollte sie etwa eine grundsätzliche
Scheidelinie ziehen zwischen diesen hannoverschen
Nationalliberalen und denjenigen nationalliberalen
Partei, welche sie in der letzten Zeit als so we-
sentliche Weise bekämpft hat. Der ausseren
bekannte Ausruf ist mitunterzeichnet von Männern,
welche bei den Hauptentscheidungen der jüngsten
Reichstagsession fest zur „Opposition“ standen.
Sie haben nichtbestimmter mit gutem Gewissen
den Satz unterschrieben können: „In völliger
Unabhängigkeit wird sie (die nationalliberale
Partei) alle einzelnen Maßnahmen der Staats-
regierung prüfen und dieselben nach ihrem
inneren Werthe sachlich beurtheilen.“ Denn
niemals ist es der nationalliberalen Partei in
Preußen, auch der entsprechenden Fraction des
Reichstags nicht, in den Sinn gekommen, sich
auf eine systematisch negierende Opposition verlegen
zu lassen. Freilich, auf den Befehl der Gouver-
nementalen werden die hannoverschen National-
liberalen trotz aller Rührigkeit doch verzögert
müssen. Nach dem Wunsche der „Norddeutschen
Allgem. Zeitung“ sollte die diesmalige Wahl-
alternative lauten: „Für oder wider Bismarck“.
Der vorliegende Ausruf ist diesem Wunsche mit
keinem Worte nachgegeben. Man braucht von
den nationalgefühnten Männern Hannovers nicht
erst zu versichern, daß sie die unerbittlichen Ver-
dienste unseres großen Staatsmannes in vollem
Maße würdigen. Aber, je weniger sich in
der Provinz Hannover alles politische Denken
und Empfinden um die Person des Fürsten Bis-
marck dreht, desto weniger kann man dort einer
zum Handeln berechneten Partei zumuthen, ihren
Wahlausruf auf diese zu beziehen. Will eine Hand-
voll conservativer altpreussischer Beamten diesen
Ramen als eine Fahne aufspalten, so mag sie es
auf ihre Gefahr hin thun und sehen, wie weit sie
damit kommt. Die eigentlich kämpfenden und ent-
scheidenden Parteien können mit demselben weder
im „Für“ noch im „Wider“ etwas anfangen. Und
ebensowenig haben sich die hannoverschen National-
liberalen auf den von der „Provinzialcorrespon-
denz“ ausgerichteten Prämissen: „ob für oder wider
die neue Reichspolitik“ eingelassen. Sie begnügen
sich, die Verschiedenheit der Ansichten über die
Richtung und die Einzelheiten der neuen Zoll-
und Finanzpolitik des deutschen Reiches zu con-
statiren. Wir zweifeln nicht, daß andere libe-
rale Partien der Provinz neutraler lieber eine
vermittelnde Wendung gewünscht hätten. Aber
was wäre damit gewonnen? Die Freihändler-
theorie hat in wenigen Theilen von Deutschland mehr
und entschiedenere Anhänger als in der Provinz
Hannover. Lage und Beschäftigung weisen dort
das Volk von selbst darauf hin. Von den Hanse-
städten aus verbreitet sich unablässig ein stiller
aber harter Strom freihändlerischer Anschauungen
über das Nordseegebiet. Die Bauern sind dem-
gemäß nur vereinzelt zu den Agrarien überge-
gangen, und einen Adel von solchem Einfluß und
Ansehen, wie im preussischen Osten, giebt es nicht.
Nur die neuerdings eingebrangene moderne Gewe-
bungsindustrie, Eisen- und Stahlbereitung und Räder-

zuckerzeugung besonders, hat, zumal von Han-
nover und Osnabrück aus, die schuppelnerische
Weltanschauung verbreitet, die aber nicht im Stande
ist, den herrschenden natürlichen Freihandelsstenden-
zen wirklich und dauernd über den Kopf zu wachsen.
Wenn in einem so beschaffenen Landestheil die Führer
des Liberalismus erklären, sie hielten die freihändlerischen
Forderungen nicht für geeignet, zur Parteiliche
erhöhen zu werden, so hat es gewiß triftige Gründe
und braucht Anderen nicht die Furcht zu erwecken,
von dort könne eine entgegengesetzte Propaganda
ausgehen. Diese Bäume wachsen nicht in den
Himmel, nach dem neuen Zolltarif noch weniger
als vorher. — Der hannoversche Wahlausruf
hat vor Allem das Verdienst, die Wahldecision
auf bestimmte Fragen zu lenken, und zwar
auf Fragen, welche innerhalb der Competenz der
preussischen Gesetzgebung liegen. Wir wollen nun
sehen, ob die Regierungspresse sich jetzt noch hinter
Dinge verschrenken wird, welche den preussischen
Landtag gar nichts angehen. Wir wollen sehen,
ob die „Nordd. Allg. Ztg.“ und ihre Geistesver-
wandten auch jetzt noch das frivole Spiel fort-
setzen werden, zu reden, als ob die näheren
Freunde des Herrn von Bennigsen sich eigent-
lich von der nationalliberalen Partei losgesagt
hätten und auf der Seite der Regierung ständen.
Man mag, nach Allem, was in den letzten Mo-
naten vorgegangen, den Ausruf überaus gemü-
thigt, überaus rüchlichlos finden — gerade
so schwer aber wiegen die Worte: „Wir
wissen nicht, welcher Stellung der Staatsregierung
wir uns gegenüber befinden werden.“ Ein Ver-
trauensvotum werden die Officiösen aus diesem
Satz gewiß nicht herauslesen. Der Ausruf hat
es vermieden, sich über vage Anzeichen einer rück-
läufigen Bewegung, über noch nicht mit voller Be-
stimmtheit hervorgetretene Pläne, wie z. B. die
zweijährige Budgetperiode, besonders auszulassen;
aber daß seine Vertreter deshalb die Gefahren der
Situation weder verkannt noch unterschätzt haben,
erhebt zur Genüge aus dem Schlusssatz, welcher
lautet: „Wähler freisinnige, besonnene Männer,
welche in voller Unabhängigkeit prüfen und ent-
scheiden, welche entschlossen sind, jeden Rückschritt
mit Festigkeit abzuwehren, die constitutionelle
Entwicklung des Staates zu verteidigen und po-
sitiv zur Förderung der Wohlfahrt des Lan-
des mitzumachen.“ Auf solche Männer in der
That wird die nationalliberale Partei, wie in
Hannover, so in ganz Preußen ihre Wahl zu
richten haben.

Politische Uebersicht.

Der Fieberkrieg, der seit einiger Zeit zwischen
der officiösen russischen und der officiösen
deutschen Presse entbrannt ist, singt nach-
gerade an, einen komischen Charakter anzunehmen.
Ist doch kürzlich die „Nordd. Allg. Z.“ sogar so
weit gegangen, die Hegezeiten eines Theils der
russischen Presse den Nihilisten zur Last zu legen,
obgleich es ein öffentliches und am allerwenigsten
dem Organ des Fürsten Bismarck unbekanntes
Geheimniß ist, daß die Gegner der deutschen
Politik weit eher am russischen Hofe und in der
russischen Staatskanzlei zu suchen sind, als unter
den russischen Umsturzmannern. „Oder betrachtet
man“ — so wird uns aus Berlin geschrieben —
„den Fieberkrieg unserer Regierungspresse gegen
Rusland mehr als eine Komödie, die dem Publi-
cum zum Besten gegeben wird, um dessen bekannte
Antipathie gegen die russische Politik gelegentlich

als Mittel zur Dinausschraubung des Militair-
etats zu benutzen. Je weniger Veranlassung
vorhanden ist, an den friedlichen und erst noch
jüngst bei der Thiersfeier in Nancy kundgegebenen
friedlichen Gesinnungen der republikanischen Regie-
rung in Frankreich zu zweifeln, desto notwendiger
ist es für die Regierung, einen anderen planmäßigen
Grund zu entdecken, um die seit langer Zeit in
der Last liegende Vermehrung der deutschen Armee
und insbesondere der Artillerie auszureichen zu
motiviren. Wenn man in Erwägung zieht, daß
zwischen Deutschland und Rußland und insbeson-
dere zwischen den beiderseitigen Souveränen seit
langer Zeit eine traditionelle Freundschaft besteht,
so wird man sich allerdings fragen müssen, welche
schwerwiegenden Ursachen diese Freundschaft plöz-
lich gestört haben können, und sich vergeblich be-
mühen, solche zu entdecken.“
Der Umstand, daß der Reichskanzler einen
Tag später von Rispingen abgereist ist und der
italienische Ministerpräsident Cairoli wäh-
rend des kurzen Aufschubes Nürnberg passirte, hat
zu dem Gerüchte Veranlassung gegeben, daß beide
Staatsmänner eine Zusammenkunft hatten. Das
Gerücht hat indeß bis jetzt keine Bestätigung ge-
funden und entbehrt — wie man uns aus Ber-
lin schreibt — nach der Ansicht wohl informirter
Personen auch der inneren Wahrscheinlichkeit. Es
liegt nicht in Bismarck's Charakter, derartige Zu-
sammenkünfte in solches Geheimniß zu hüllen, daß
selbst die Thatfache, daß sie wirklich stattgefunden,
aller Welt verborgen bleiben soll. Auch wird der
Zweck einer solchen Unterredung zwischen dem ita-
lienischen Ministerpräsidenten und dem deutschen
Reichskanzler nicht recht eingesehen, da die Bezie-
hungen zwischen Deutschland und Italien gegen-
wärtig die freundschaftlichen sind und insbesondere
während die in der orientalischen Frage einhaltende
Politik schon längst eine volle Verständigung zwi-
schen den italienischen Staatsmännern und dem
Fürsten Bismarck besteht.
Die Herrn v. Puttkamer zur Ausföhrung
übertragene Umkehr auf dem Gebiete der Kirche
und der Schule in Preußen ist von den Dunkel-
männern und den Anhängern der „Kreuzzeitung“
überhaupt — der sog. „Neinen“ aber „mächtigen“
Partei — mit gewaltigem Jubel begrüßt worden.
Von diesen Anwälten des Rückschrittes gilt das
Sprüchlein „l'appetit vient en mangeant“; die
„neue Wera“ stellt sich überhaupt als eine neue
Ausgabe des Rührer'schen Systems dar, welches
ein Mal in der Geschichte des modernen Geistes
ist. Man schreibt uns aus Berlin: „Was
unsere evangelischen Orthodoxen von unserem
neuen Kultusminister, Herrn v. Puttkamer, er-
warten zu können glauben, zeigt ein Artikel der
„Neuen Evangelischen Kirchenzeitung“, des Organs
der Herren Hofprediger Stöcker und Genossen,
der das Mitwirkungsrecht des Kultusministers bei der
Besetzung kirchlicher Stellen für unzulässig
erklärt. „Daran (heißt es da) wird sich zuerst
der kirchliche Geist des neuen Kultusministers er-
proben müssen, ob er geneigt ist, von seiner Macht
zu Gunsten der kirchlichen Selbstständigkeit Opfer
zu bringen. Daß er seine Mitwirkung auf die
höchsten Stellen in der Landeskirche wie in den
Provinzen beschränkt, ist die erste Bedingung, um
das Verhältnis von Staat und Kirche besser zu
reguliren; daß er der Kirche ein Mitwirkungsrecht
bei der Besetzung der theologischen Professoren
verschaffe, die zweite; daß er sein Placet ausgabe,
die dritte. Schon anderweitig ist erwidert, daß die
Allianz des Centrums mit den altpreussischen
Conservativen täglich zunimmt.“

Seitens hervorragender Centrumsmänner soll
den neuen Bundesgenossen zu versehen gegeben
worden sein, man möge auf der Generalsynode
mit Resolutionen hervortreten, welche gegenüber
der Fall'schen Gesetzgebung die Abschaffung der
obligatorischen Civilheirath, des sog. Cultus-
rathes der Pfarramtskandidaten (über dessen
Nothwendigkeit Prof. Jürgen Donn Meyer neulich
so Erbauendes in einem großen rheinischen Blatte
berichtet hat), des sog. Kanzelparagraphen, des
Schulaufsichtsgesetzes u. s. w. verlangen. Be-
kanntlich ist der Leiter des Petitionsbureaus, der
Graf vom Hagen, unter den vom Könige ernannten
Mitgliedern der Generalsynode.“
Zur inneren Lage wird uns ferner aus Ber-
lin geschrieben: „Nichts ist bezeichnender für die
Bermühenheit unserer inneren Lage, als das
dermalige Verhältnis zwischen der Cen-
trumpartei einerseits und der Regie-
rung nebst den conservativen Parteien an-
dererseits. Die „Germania“ klagt laut über
die Verschleppung der Verhandlungen mit Rom.
Sie möchte eine hündige Erklärung der Regierung
über ihre Stellung zur Frage des kirchlichen Fried-
dens haben. Bald verjagt sie es mit vertrauens-
voller Captivität, bald mit fast beleidigendem
Argwohn, jezt bittet, im nächsten Augenblicke
droht sie — umsonst, die Organe der Regierung
bleiben stumm wie das Grab. Die arme „Ger-
mania“, ihr brennt's unter den Sohlen! Sie
möchte ihren Lesern so gern noch vor den Wahlen
die positiven Beweise bringen, daß die Reichstags-
politik der Centrupartei im Reichstage das
Richtige gewesen. Nun sieht sie Tag auf Tag er-
folglos verinnen. Dagegen, daß ihr die Gebuld
ausgeht. Und auf der anderen Seite die Regie-
rungsorgane! Ueberall im Lande rufen sich die
Ultramontanen zum Kampfe auf dem alten
Boden der Negation der Staatshoheit; der
Kierulff zweier Diocesen wirft dem Staate mit
Hohn den Handschuh ins Gesicht — die Regie-
rungsorgane aber thun, als hörten und sähen sie
Nichts von alledem. Nicht anders machen es
die conservativen Parteien. Die „Norddeutsche
Allgemeine Zeitung“ entrüstet sich zwar jezt —
ein wenig sehr spät! — auf's Neueste darüber,
daß man aus dem „zeitweiligen“ Zusammengehen
der conservativen Fractionen mit dem Centrum
in den wirtschaftlichen Fragen“ ein dauerndes
politisches Bündniß habe folgern wollen. Diese
Entrüstung ist aber um so komischer, als die
„Prov. Corresp.“ mit ihrer bekannten Wahlparole
das Mögliche that, jenes „zeitweilige“ Zusammen-
gehen zu einem das ganze politische Leben beher-
schenden dauernden zu machen. Außerdem plai-
dirt die „Kreuzzeitung“ — und diese ist im Namen
einer conservativen Partei zu sprechen doch wohl
noch etwas besser legitimirt, als die „N. N. Z.“
— unausgesetzt für eine festgeschlossene Coalition
der beiden conservativen Parteien mit dem Cen-
trum zur Wiederkampfung des Liberalismus. Die
„Germania“ ihrerseits beantwortet diese Werbun-
gen mit mehr oder weniger groben Vorwürfen,
die, deutsch gesprochen, auf die Erklärung hinaus-
laufen würden, daß das Centrum keine Last habe,
sich von den Conservativen gebrauchen oder gar
kapitlen zu lassen. Am selbstsüchtigsten jedoch ist das
Verhältnis zwischen dem Centrum und den Frei-
conservativen. Die „Germania“ ermahnt ihre
Gesinnungsgenossen, nie und nirgends ein Compromi-
s mit den Freiconservativen zu schließen; so oft
sie dieser Partei gedenkt, pflegt sie ein Wort des
Hohnes hinzuzufügen. Und doch war es der
freiconservative Herr v. Barnhäler, der dem